

VBBI: Die erschreckenden Ergebnisse der Studie der Uni Linz sind ein weiterer Beleg für die Reformnotwendigkeit des Bildungssystems

Utl.: Flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen und Bildungsverantwortung in Bundeshand statt Länder-Provinzialismus und Parteipolitik in der Schule

Wien (OTS) - Wie die erschreckenden Ergebnisse der Studie der Uni Linz und der Arbeiterkammer, die heute im Ö1 Morgenjournal vorgestellt wurden, belegen, sind Reformen unumgänglich. 75.000 Jugendliche in Österreich, die keine Schule besuchen, nicht in Fortbildung sind und keiner Arbeit nachgehen, sind ein erschreckender Befund für das österreichische Bildungssystem.

Univ. Prof. Bernd Schilcher, Mitinitiator der Bildungsvolksbegehren, zeigt sich erfreut, dass sich Staatssekretär Kurz dem entscheidenden Thema Bildung annimmt: "Es ist wichtig, dass die Probleme im österreichischen Bildungswesen von der Regierung erkannt werden", so Schilcher, ergänzt aber: "Ich glaube allerdings nicht, dass eine Erhöhung der Strafandrohung fürs Schuleschwänzen den großen Durchbruch bringt." Vielmehr sind die Frühförderung und der Ausbau der Ganztagschulen, wie vom Bildungsvolksbegehren gefordert, ein Gebot der Stunde. "Wir fordern daher eindringlich das Angebot der Elementarpädagogik zu vervielfachen ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen", so Schilcher, denn "wie der Studienautor Johann Bacher treffend analysiert, führt die noch immer übliche Halbtagsschule zu einer Bildungsvererbung im negativen Sinn."

Das Ansinnen von LH Pröll, der in einem Interview im DerStandard letzte Woche eine Verländerung des Bildungssystems gefordert hat, ist jedoch dagegen grundsätzlich abzulehnen. Denn genau diese bereits teilweise existente Länderverantwortung hat die bestehende Schiefelage im Bildungssystem bewirkt.

Dabei geht es nämlich ausschließlich um parteipolitisch motivierte Personalpolitik im Schulbereich, bei der der eigentliche Unterricht - und damit die Zukunft unserer Kinder und unseres Landes - unter die Räder kommt.

Schilcher dazu: "Das Bildungsvolksbegehren hat mit seinen zwölf Forderungen und dem beachtlichen Ergebnis von nahezu 400.000 Unterschriften die Richtung, in die es gehen soll, vorgegeben. Ich kann mir daher nicht vorstellen, dass Bildungsdirektionen unter der Herrschaft der Landeshauptleute der Weisheit letzter Schluss sind."

Die kursierenden Gerüchte über einen Abtausch der Zuständigkeit des Bildungssystems mit der des Gesundheitssystems (Gesundheit zum Bund, Bildung an die Länder) sind daher als gefährliche Drohung aufzufassen. Derartige Überlegungen sind darüber hinaus auch Versuche, den laufenden parlamentarischen Prozess zu stören oder gar zu unterlaufen.

Denn tatsächlich ist der österreichische Nationalrat jetzt am Wort. Nicht nur im eigens eingesetzten Ausschuss zum Bildungsvolksbegehren, in dem in den nächsten Wochen ausführlich diskutiert werden kann, sondern auch im Unterausschuss des Unterrichtsausschuss werden die entsprechenden Weichen gestellt und Entscheidungen getroffen. Der dort liegende, fertige Antrag zu den Bildungsdirektionen ist daher raschest in das Plenum des Nationalrats zur Abstimmung zu bringen.

Rückfragehinweis:

Volksbegehren Bildungsinitiative
Mag. Georg Koenne, Pressereferent
T: 01/3100740-24
F: 01/3100740-40
E: georg.koenne@vbbi.at
W: www.nichtsitzenbleiben.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/11835/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***